Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268. Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 28261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 93 | Dresden, Freitag den 22. April 1921 | 32. Jahrg.

Vergeblicher Appell an Harding

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir folgende Meldung:

Washington, 22. April. (Reutermeldung.) **Die Regierung hat Deutschlands Bitte, Harding möge in der Reparationsfrage vermitteln, abgelehnt, aber eingewilligt, falls Deutschland eine geeignete Unterlage für Verhandlungen biete, in Erwägung zu ziehen, die Sache zur Kenntnis der Alliierten in einer für diese annehmbaren Weise zu bringen, damit die Verhandlungen schleunigst wieder aufgenommen werden könnten. Hughes drückt erneut die Hoffnung aus, daß Deutschland schnell einer Verhandlungsgrundlage geeignete Vorschläge formulieren werde.**

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. April. Wie wir erfahren, hat sich der amerikanische Geschäftsträger, Herr Dresel, gestern abend nach Paris begeben.

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. April. An einer Stelle des Auswärtigen Amtes erklärt man uns, daß Reuter den Sinn der amerikanischen Antwort nicht ganz genau wiedergibt. Nach diesem Gewährsmann will Amerika das Amt eines Schiedsrichters überhaupt ablehnen und Deutschland auf den Weg direkter Verhandlungen verweisen. Wenn Deutschland der amerikanischen Regierung seine Bereitwilligkeit zu erklären sollte, so würde Hughes bereit sein, die Alliierten darauf aufmerksam zu machen, daß sich seiner Ansicht nach auf Grund dieser deutschen Erklärung ein nicht aussichtsloser Weg zu den Friedensverhandlungen zu eröffnen scheint.

Die deutsche Note

Berlin, 21. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz dem formell noch bestehenden Kriegszustande an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung für recht und billig befinden wird. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

Gez. Fehrenbach, gez. Dr. Simons.

In einer Havasmeldung hieß es gestern, Briand werde Lloyd George in Lympne den Besetzungsplan für das Ruhrrevier vorlegen. Es wurde aber ausdrücklich betont, daß dieser Plan nur für den Fall ausgearbeitet worden sei, daß Deutschland bei seiner „passiven Resistenz" beharrt. Das heißt also, daß noch nicht alle Türen zugeschlagen worden sind und daß man auch von französischer Seite ein neues deutsches Angebot erwartet, wie denn die französischen Preßkommentare der letzten Tage überhaupt eine gewisse Skepsis dem Aktionsplan gegenüber verrieten. Auch die englische Presse scheint einen Wink von oben bekommen zu haben, noch nicht alle Brücken abzubrechen. Es hieß in den Times: „Die Tür ist noch immer für praktische deutsche Vorschläge offen, aber sie müssen wirklich praktisch sein und sie müssen schnell kommen." Auch der Lloyd George nahestehende Daily Chronicle unterschrieb den französischen Einmarschplan **nicht ohne weiteres, sondern veröffentlichte eine Information**, nach der England zwar mit Frankreich zusammengehen würde, aber erst die französischen Pläne kennenlernen müßte, ehe es Stellung nehmen könne. Eine gewisse Ungeduld, mit den deutschen Vorschlägen bekannt zu werden, sprach auch aus diesen Zeilen.

In Deutschland wurde ebenfalls alles von nervöser Ungeduld geraudlt, was es mit den von Dr. Simons in dem Gespräch mit dem Matin-Vertreter Sauerwein ziemlich mysteriös angekündigten neuen deutschen Vorschlägen auf sich hätte. Allerlei Vermutungen wurden laut, aber sie blieben Vermutungen; das Auswärtige Amt ließ manches Gerücht widerrufen, aber positive Erklärungen erfolgten von ihm nicht, was nicht eben zur Erhöhung seines Ansehens beitrug. Auch heute noch wissen wir nur, daß neue Gegenvorschläge an die Reparationskommission vorliegen; welcher Art sie sind, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Immerhin ist anzunehmen, daß sie in kurzem veröffentlicht werden.

Auch davon, daß Deutschland neutrale Vermittlung in der Reparationsfrage suche, war oft die Rede. Der Vatikan, die Vereinigten Staaten wurden als die vorgesehenen Träger dieser Aktion genannt; aber dann hieß es wieder, das Auswärtige Amt habe ablehnende Antworten erhalten. Bestimmtes wußte keiner, es war ein ständiges Rätselraten.

Nun erfahren wir wenigstens so viel, daß die deutsche Reichsregierung eigentlich zwei Schritte nach verschiedener Richtung unternimmt. Sie überreicht ihre konkreten Vorschläge zur Wiedergutmachung unmittelbar an die Reparationskommission, richtet aber zugleich eine Note an Harding, Amerikas neuen Präsidenten, und trägt ihm in der großen Frage über unsere Verpflichtungen und Möglichkeiten zur Wiedergutmachung das Schiedsrichteramt an.

Natürlich geschah das nicht ohne vorherige Rücksprache mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, der auch die Beförderung der Note übernommen hat. Ob aber Harding die ihm von Deutschland zugedachte Rolle übernehmen wird? Wir wissen noch nicht viel von ihm — nur so viel, daß er in vielem das ausgesprochene Gegenteil Wilsons ist. Das war es ja, was ihm den überwältigenden Wahlsieg über den Mann der 14 Punkte verschaffte. Wo Wilson mit beiden Händen zugegriffen hätte, hat Harding vielleicht nur die kühle Ablehnung: „Ich treibe amerikanische Politik, nicht europäische. Macht ihr eure Streitigkeiten unter euch selber aus!" Französische Blätter wollen wissen, daß eine derartige Antwort an Deutschland aus Washington schon ergangen sei, was freilich von unterrichteter Berliner Seite widerrufen wird. —

Das alles und noch viel mehr weiß man natürlich auch in der deutschen Regierung, wenn sie trotzdem diesen höchst zweifelhaften Weg betrat, so ist es ein Zeichen dafür, daß sie keinen andern mehr vor sich sah. Ein Schritt der Verzweiflung ist diese Note — daß er Erfolg hat, müssen wir, so sehr wir es natürlich um unser selbst willen wünschten, bezweifeln. Freilich — ob man jetzt in der zwölften Stunde noch anderes hätte unternehmen können, als diesen Bittgang zu Harding, das läßt sich nicht sagen. Aber in der langen Zeit, die zwischen London und dem ersten Mai liegt, wäre der deutschen Regierung, wenn sie gleich von Anfang an ernsthaft danach gesucht hätte, vielleicht doch ein andrer, weniger fragwürdiger Weg möglich gewesen: der einer direkten Verständigung mit den Mächten, die wir als unsre Gläubiger anerkannt haben. Mehr Eifer als Beweis unsres guten Willens, übernommene Verpflichtungen nach Maßgabe unsrer Kräfte erfüllen, hätte wahrscheinlich verhindert, daß sich die Lage zu der gegenwärtigen Schärfe zuspitzte.

Daß unsre neuen Wiedergutmachungsvorschläge, von denen wir beinahe mit Sicherheit sagen können, daß sie Frankreich nicht befriedigen werden, zu spät kommen, um noch vor dem 1. Mai ausführlich auch in der Ententepresse erwogen zu werden, ist eine Unterlassungssünde, für die, wenn der Appell an Harding erfolglos verhallt, das ganze deutsche Volk vielleicht bitter büßen muß.

Und wenn Harding seine Bereitwilligkeit erklären sollte, werden die Verbündeten ihn als Vermittler anerkennen? Gewiß, der amerikanische Präsident kann leicht einen gewissen Druck auf die übrigen Ententemächte ausüben, stehen sie doch alle bei Amerika tief in der Kreide. Aber darauf zu bauen, wäre nach der ganzen Haltung, die Harding bis jetzt den Alliierten wie uns gegenüber eingenommen hat, allzu optimistisch. Der neue Präsident ist in erster Linie Amerikaner, darüber hinaus aber ist sein Herz viel eher bei George und Briand als bei uns, von deren Kriegsschuld er so fest überzeugt ist wie nur ein andrer.

Die Kritik der Parteien

Berlin, 22. April. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, waren am Donnerstag, abends 10 Uhr, die Parteiführer des Reichstages in das Auswärtige Amt zu einer **Besprechung mit dem Reichsaußenminister Dr. Simons über die außenpolitische Lage** gebeten worden. **In der Aussprache wurde von mehrheitssozialistischer und deutschnationaler Seite an dem Schritt der Regierung Kritik geübt.** Abg. Dr. Helfferich lehnte es ab, auf eine Diskussion **eines Schrittes einzugehen**, der seiner Ansicht nach der schädlichste von allen wäre, der getan werden konnte. Im Verlaufe der Besprechung stellte sich heraus, **daß der Vatikan die ihm angetragene Vermittlung bei Harding mit der Begründung abgelehnt hat, daß** durch die Indiskretionen deutscher Preßorgane von vornherein **die Möglichkeit eines Schiedsrichterspruches ausgeschlossen sei. Die** Vertreter des Zentrums gingen auf die technischen Bedingungen des neuen Regierungsschrittes ein. **Es wurde schließlich vereinbart**, daß der Reichstag am heutigen **Freitag zunächst eine** Erklärung des Reichsaußenministers entgegennehmen soll, **deren** Besprechung jedoch nicht im Plenum, sondern im **Auswärtigen Ausschuß** stattfinden soll. Nach dem Verlauf der Besprechung gewinnt man den Eindruck, daß auch die **Führer der Koalitionsparteien von** dem Schritt des Reichskabinetts vorher nicht **unterrichtet worden sind**.

Zu der von der **Reichsregierung** an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Note schreibt die **Germania**: Zu der Gewissenhaftigkeit und dem Verantwortlichkeitsgefühl der Männer, denen die **dornenvolle Aufgabe der Regierung zugefallen ist**, darf das deutsche Volk das Zutrauen haben, daß sie alle Voraussetzungen und möglichen Folgen des Schrittes sorgsam **erwogen haben**, der zum zweitenmal das deutsche Schicksal in die **Hand des mächtigen Volkes** jenseits des Ozeans legt.

Im **Berliner Tageblatt** wird gesagt: **Das Telegramm an den** Präsidenten Harding ist der **höchste Beweis des Vertrauens**, den jemals eine Nation dem Oberhaupte einer **andern** Nation dargebracht hat. Das Blatt hofft, daß die **Augen und** nüchtern urteilenden **Männer** im **Weißen Hause und im Senat zu** Washington es verstehen werden, ihr **großes moralisches Gewicht in** die Wagschale zu werfen, damit die **Weltwirtschaft endlich zur Ruhe** und Gesundung gelange.

Wie der **Vorwärts** betont, sollen die **Gegner Deutschlands aus** dem Schritte der deutschen Regierung den Verhandlungswillen Deutschlands erkennen.

Die **Rechtspresse** steht dem Schritt der **Reichsregierung ablehnend** gegenüber, da sie in ihm wenig Aussicht auf **Erfolg sieht**.

Stegerwalds Programmrede

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. April. Vor gutbesuchtem Hause — die Tribünen waren auffallend leer — hielt heute vormittag der neue preußische Ministerpräsident Stegerwald seine Programmrede. Nach einleitenden Worten des Dankes für die scheidenden Minister stellte er sein bürgerliches Kabinett vor. Präsidium und Wohlfahrt: Stegerwald. Ministerium des Innern: Dominicus. Justizministerium: Am Zehnhoff. Kultusministerium: Becker. Finanzministerium: Saemisch. Handel und öffentliche Arbeiten: Fischbeck. Zur inneren Politik sagt er: Die Regierung steht einmütig auf dem Boden der preußischen und Reichsverfassung. Sie ist entschlossen, die vom Volk sich selbst gegebenen Grundsätze erforderlichenfalls mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin energisch zu verteidigen. Sie vertraut dabei auf die weitere pflichttreue Mitarbeit der Beamtenschaft.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bedarf es in der gegenwärtigen Zeit einer **zuverlässigen Führung der inneren Verwaltung**, die sich nicht bloß auf die unbedingt leistungsfähig zu haltenden staatlichen Machtmittel mit Nachdruck stützt, sondern auch

mit Reformen

vorgeht, überall dort, wo solche infolge veralteter staatlicher Einrichtungen notwendig sind. Große Reformgesetze über die Gemeindeverfassung, insbesondere die Landgemeinde-, Städte-, Kreis- und Provinzialordnungen, sowie das Gesetz über die Provinzialautonomie, Pflege der Kultur eigener Stammesart einerseits, Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls zu dem Gesamtstaate andererseits, sollen bei diesen Reformen die leitenden Richtlinien sein.

Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung läßt sich nur dann durchführen, wenn die Rechtspflege Preußens vom Vertrauen der Volksgemeinschaft getragen wird. Schutz und Verbesserung derselben ist die Pflicht der Regierung. An der vom Reiche betriebenen

Justizreform

wird Preußen nach Kräften mitarbeiten.

Handel und Gewerbe sind durch die von unsern mächtigen Feinden geplanten Wirtschaftsmaßnahmen bedroht. **Die produktive Erwerbslosenfürsorge** wird die Regierung in Rücksicht hierauf zu entwickeln bestrebt sein. **Gegen Schiebertum und Wucher wird sie** den Kampf mit Nachdruck führen. Die Aufrechterhaltung **eines** gesunden und unabhängigen Mittelstandes ist notwendiger als je.

Der Minister wendet sich dann der überaus schwierigen Lage der preußischen Staatsfinanzen zu. **Äußerste Sparsamkeit, möglichste Vereinfachung der staatlichen Verwaltung und Betriebe**, sowie allmähliche Einschränkung des Beamtenkörpers durch zeitgemäße Reformen der Behörden sind erforderlich. **Keine Ausgabe ohne Deckung!** Der Entwurf des neuen Haushaltsgesetzes für 1921 wird dem Hause sobald als möglich vorgelegt werden. Alle Vorarbeiten dazu sind bereits von der früheren Regierung getroffen worden. Eine der allerersten Aufgaben des Staatsministeriums muß es sein, den durch die neue Verfassung geschaffenen Staatsrat in kürzester Frist ins Leben und in Arbeit treten zu lassen.

Die Ernährung der Bevölkerung

muß unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Die Regierung wird daher die **landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit allen Mitteln fördern**. Neben einer sozialen Boden- und Siedlungspolitik in den **Städten** wird daher die Regierung die Vermehrung des **landwirt-**

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210422/1

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG